

Antrag zur Erarbeitung einer Volksinitiative zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Zu Handen der Mitgliederversammlung der SP Frauen Schweiz vom 6. September 2025 in Biel

In der Schweiz wurden im laufenden Jahr 23 Frauen und Mädchen getötet. Diese Tötungsdelikte sind keine tragischen Einzelfälle – sie sind Ausdruck struktureller, geschlechtsspezifischer Gewalt, die tief in patriarchale Machtverhältnisse eingebettet ist. Sie machen das politische Versagen im Bereich Opferschutz, Gewaltprävention und Gleichstellung deutlich.

In den vergangenen Jahren wurden zwar wichtige Fortschritte erzielt, insbesondere bei der Sensibilisierung. Gleichzeitig ist die Zahl der Beratungen durch die Opferhilfe stark gestiegen. Vielerorts stossen die bestehenden Strukturen an ihre Grenzen – räumlich, personell und vor allem finanziell. In zahlreichen Kantonen fehlen die Mittel, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Frauenhäuser sind überlastet, Schutzplätze fehlen, Beratungsstellen arbeiten unter massivem Druck. Diese Mängel gefährden das Leben von Gewaltbetroffenen unmittelbar.

Für die SP Frauen ist klar: Es braucht eine gesicherte und nachhaltige Finanzierung der Opferhilfe gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Istanbul-Konvention (IK), den flächendeckenden Ausbau von Schutzunterkünften, diskriminierungsfreien Zugang zu allen Unterstützungsangeboten sowie breit angelegte Informationskampagnen – damit alle Betroffenen von Gewalt die Hilfe finden und erhalten, die sie benötigen.

Deshalb prüfen die SP Frauen eine Volksinitiative – gemeinsam mit der SP, mit Fachorganisationen, Expert:innen und politischen Verbündeten. Die Initiative soll die Finanzierung der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt sichern.